



**Jugend im Landtag 2010/ JiL2010 –**

# **Was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer forderten ...**

In vier Workshops setzten sich Jugendliche aus ganz M-V bei Jugend im Landtag 2010 (07. – 11. November 2010) zu den Themen Umwelt, Bildung, Arbeit/ Ausbildung und Freizeit zusammen, sammelten Infos durch Experten, Abgeordnetengespräche, eigene Recherchen und den gegenseitigen Austausch und übergaben dem Landtag und den demokratischen Landtagsfraktionen am letzten Tag ihre fundierten Forderungen. Von drei Fraktionen der vier Fraktionen gab es schriftliche Reaktionen auf die Forderungen, nur zwei entwickelten ausführliche Stellungnahmen. Die Grundaussagen sind hier zusammengefasst.

## **Reaktionen der Fraktionen:**

- Schreiben der Fraktion DIE LINKE: 10. Februar 2011  
(Information darüber, dass sie sich im März mit Themen der Forderungen auseinandersetzen und den Landesjugendring M-V über die Schlussfolgerungen informieren werden)
- 07. April 2011: ausführliche Stellungnahme der CDU-Fraktion
- 13. Mai 2011: ausführliche Stellungnahme der SPD-Fraktion

## Workshop Umwelt

### 1. Keine Anwendung von Gentechnik

- **Verbot:** Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen „unter freiem Himmel“ verbieten
- **Forschung:** unabhängige Studien fördern und ihre Ergebnisse ernst nehmen
- **Verbraucherschutz:** Kennzeichnungspflicht für genetisch veränderte Lebensmittel

#### **CDU-Landtagsfraktion:**

##### **→ die Erforschung von Gentechnik in Freilandversuchen muss möglich sein**

Aktuelle Forschungen konnten keine Beeinträchtigung der Umwelt durch gentechnisch veränderte Produkte nachweisen. Die CDU-Fraktion tritt deshalb dafür ein, dass die Erforschung grüner Gentechnik (grüne Gentechnik = Gentechnik in der Landwirtschaft und im Lebensmittelbereich) in Freilandversuchen möglich sein muss. Als Richtlinie verweist sie dafür auf die Regelungen der EU (Freisetzungsrichtlinie 2001/ 18 EG) für die Freisetzung und den Handel mit gentechnisch veränderten Organismen.

##### **→ Kennzeichnungen für Verbraucher und Landwirte notwendig**

Damit alle Konsumenten frei wählen können, ob sie gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel kaufen und nutzen wollen, erachtet es die CDU-Fraktion als notwendig, dass diese für Verbraucher und Landwirte erkennbar kennzeichnet sind. Die Fraktion hat deshalb im Jahr 2011 einen Antrag zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in den Landtag eingebracht.

#### **SPD-Landtagsfraktion:**

##### **→ kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in M-V**

Die SPD-Fraktion lehnt den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Gesundheitsland M-V ab (vgl. Regierungsprogramm 2011 – 2016, 2. Entwurf). Allein für M-V können sie die Nutzung von Gentechnik jedoch nicht verbieten, weshalb sie sich dafür einsetzen, dass Bund und Länder gemeinsam über Anbauverbote für GVO-Sorten (GVO = gentechnisch veränderte Organismen) in Deutschland entscheiden.

##### **→ klare, ausnahmslose Kennzeichnungspflicht zum Schutz der Verbraucher**

Für die nationale sowie die europäische Ebene fordert die SPD-Fraktion klare und ausnahmslose Kennzeichnungsregelungen und Schwellenwerte für mit Gentechnik hergestellte Lebens- und Futtermittel (siehe auch: Koalitionsantrag, Jan. 2011 unter „Klare Kennzeichnung von Lebens- und Futtermitteln mit gentechnisch veränderten „Organismen““). Landwirte, die ohne Gentechnik arbeiten, sollen vor Schäden durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Land geschützt werden.

## 2. Regionale Produktionsketten

- **Förderung:** Regionale Supermärkte stärken
- **Verbraucherschutz:** Ampelkennzeichnung des Transportweges und des CO<sub>2</sub> - Ausstoßes von Lebensmitteln auf deren Verpackungen
- **Umweltfreundlicher Transport:** überregionalen Transport von Produkten mit Bahn und Schiff statt mit LKWs und Flugzeugen

### CDU-Landtagsfraktion:

#### → Verkauf regionaler Produkte über lokale Märkte fördern

Die CDU-Fraktion unterstützt das Ziel, den Verkauf regionaler Lebensmittel zu fördern, und sieht vor allem lokale Wochenmärkte und regionale Märkte als wichtige Vermarktungswege. Zusätzlich den Verkauf regionaler Produkte in Supermärkten stärker zu fördern, findet die CDU gut.

#### → CO<sub>2</sub> – Kennzeichnung von Lebensmitteltransporten zu aufwendig und bürokratisch

Die Kennzeichnung des Transportweges von Lebensmittel sieht die CDU als „zu bürokratisch und praktisch sehr schwer zu realisieren“ an.

### SPD-Landtagsfraktion:

#### → regionale Kreisläufe für Landwirtschaftsprodukte fördern

Die SPD-Fraktion will den Verkauf regionaler Landwirtschaftsprodukte fördern und regionale Kreisläufe stärken (vgl. Regierungsprogramm 2011 – 2016, 2. Entwurf).

#### → Transport über Schiene und Wasser insb. für Güter stärken

Die „Attraktivität der Verkehrsträger jenseits der Straßen“, also von Zügen und Schiffen, soll vor allem für den Güterverkehr gestärkt werden (siehe auch: Koalitionsanträge „Am Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1 festhalten“ und „Ausbau der Bahnstrecke Lübeck-Schwerin-Magdeburg“ vom Jan. 2011). Wichtige Bahnstrecken müssen ausgebaut, „Mautausweichverkehr“ auf Bundesstraßen hingegen durch geeignete Maßnahmen unterbunden werden.

#### → Kennzeichnungspflicht des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes des Transports nicht möglich

„Die Forderung nach einer Produktkennzeichnung zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Transport ist unter den Bedingungen eines globalisierten Handelns nicht möglich“, da Produkte oft durch unterschiedliche Zwischenhändler und über verschiedene Wege weltweit transportiert werden.



### 3. Erneuerbarer Energien

- **Förderung:** Stärkere Investitionen in Zukunftsenergien (EE)
- **Ausstieg:** Keine Förderung von fossilen Brennstoffen
- **Klare Atommüllpolitik:** Landespolitik muss sich stärker in Atommülllagerung einmischen

#### CDU-Landtagsfraktion:

##### → Erneuerbare Energien fördern wie von der Bundesregierung vorgesehen

Die CDU-Fraktion unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien in dem Rahmen, wie er in dem Energiekonzept der Bundesregierung vorgesehen ist. Sie betont, dass dabei aber das „energiepolitische Dreieck“ aus Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Umweltfreundlichkeit beachtet werden muss.

##### → kein Atommüllendlager in Lubmin

Zur Frage der Atommülllagerung in M-V vertritt die CDU die Position, dass im stillgelegten Atomkraftwerk Lubmin nur Abfälle aus diesem Atomlager gelagert werden dürfen und das auch nur bis zu einem festen Ablaufdatum.

#### SPD-Landtagsfraktion:

##### → erneuerbare Energien auch als wichtigen Wirtschaftsfaktor in M-V fördern

„Für uns steht der Ausbau der erneuerbaren Energien ganz klar im Mittelpunkt unserer Energiepolitik“ – da sie sowohl für den Klimaschutz, als auch für eine ökologische und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für M-V wichtig ist. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien können in M-V neue, qualifizierte Arbeitsplätze sowie besserer Einkommen geschaffen und die energiewirtschaftliche Handlungsfähigkeit im Land verbessert werden. Um einen schnellen Ausbau erneuerbarer Energie zu ermöglichen will die SPD die Forschung und Wissenschaft in diesem Bereich an den Hochschulen im Land sowie dafür offene Unternehmen unterstützen. „Unser Ziel ist es, Mecklenburg-Vorpommern zu einem bedeutenden Standort für die Erforschung, Herstellung und Vermarktung erneuerbarer Energietechnologien und zum Energieexportland zu entwickeln.“

##### → kein Neubau von Kohlekraftwerken, keine Laufzeitverlängerung der AKWs

Als Ziel steht für die SPD-Fraktion, dass der gesamte Energiebedarf über erneuerbare Energien gedeckt wird, weshalb der Bau neuer Kohlekraftwerke genau wie eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken von der SPD-Fraktion abgelehnt wird.

##### → Endlagerungsfrage für Atommüll muss geklärt werden, kein Endlager in Lubmin

Die SPD-Fraktion ist gegen eine unbefristete Lagerung von Atommüll in Lubmin und setzt sich für eine schnelle Lösung der Frage nach der Endlagerung von Atommüll ein.



#### 4. „Bio-Schulen“

- **Förderung:** Schulen mit Biocatering

##### **CDU-Landtagsfraktion:**

##### **➔ Essen an Schulen ist Schulentscheidung**

Die CDU unterstützt die JiL2010-Forderung, weist aber darauf hin, dass die Verantwortung für entsprechende Verträge mit Essenslieferanten bei den Schulen liegt.

##### **SPD-Landtagsfraktion:**

##### **➔ Gesunde Ernährung an Schule und in Kitas vielseitig fördern**

Gesunde Ernährung ist nach Ansicht der SPD-Fraktion insbesondere in Kitas und in Grundschulen ein wichtiges pädagogisches Thema. Verantwortlich sind hier in erster Linie die Eltern (zweites Frühstück), wobei es aber Unterstützungsangebote geben muss. Bewegung, Gesundheitserziehung und gesundes Essen aus der Region sollten in Kitas und Grundschulen das Thema gesunde Ernährung abrunden.

## Workshop Bildung

### 1. Außerschulische Jugendbildung

- **Vereinsförderung:** Mehr Geld für Vereine

#### CDU-Landtagsfraktion:

→ **M-V kann nur innerhalb eigener finanzieller Möglichkeiten fördern**

Inhaltlich unterstützt die CDU die Forderung, betont aber auch, dass nur im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten gefördert werden kann.

#### SPD-Landtagsfraktion:

→ **Förderung muss beibehalten werden, gerechte Teilhabe durch Teilhabepaket**

Außerschulische Jugendbildung bedarf hauptamtlicher Unterstützung und damit einer soliden Finanzierung. Gelder sind hierfür im Landeshaushalt vorgesehen. Die SPD will auch weiterhin auf Grundlage des Landesjugendplans (Richtlinie zur Förderung der Weiterentwicklung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes) entsprechende Strukturen ermöglichen und außerschulisches Lernen unterstützen. Positive Auswirkung wird hierbei ihrer Einschätzung nach der Kompromiss im Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes haben, durch den seit dem 01.01.2011 Minderjährige aus finanziell benachteiligten Familien finanzielle Unterstützung für außerschulische Angebote bekommen können.

### 2. Verbesserung des Lernklimas in Schule

- **Kleinere Klassen:** max. 20 bis 25 Schüler\_innen pro Klasse
- **Qualifizierungen:** „moderne“ Fort- und Weiterbildungen der Lehrkräfte

#### CDU-Landtagsfraktion:

→ **vorhandene Handlungsspielräume nutzen um die Unterrichtsqualität zu erhöhen**

Da bisher keine wissenschaftliche Studie belegt, dass kleinere Klassen ein besseres Lernklima bzw. einen besseren Unterricht bewirken, verweist die CDU darauf, dass Änderungen des Unterrichtsrhythmus, der Sitzordnung sowie der Klassenräume das Lernklima verbessern können. Um eigene Ideen für Unterrichtsthemen einzubringen empfiehlt die CDU Schüler\_innen ein Gespräch mit den jeweils verantwortlichen Lehrkräften.

→ **moderne Lehrer\_innenfortbildungen werden angeboten**

„Fort- und Weiterbildungen sind nach neuesten Erkenntnissen aufgebaut bzw. werden angeboten.“

**SPD-Landtagsfraktion:****→ Unterrichtsqualität fördern, anstatt kleinere Klassen zu fordern**

Entsprechend verschiedener Studien ist es nicht die Klassengröße, die Lernerfolge und Motivation beeinflusst, sondern die Qualität des Unterrichts und damit in erster Linie die Unterrichts- und Erziehungskompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer.

**→ Lehrer\_innen müssen besser zu neuen Handlungsspielräumen beraten werden**

Die Lehrkräfte müssen noch besser auf die individuelle Förderung der Schüler\_innen vorbereitet werden, wobei dieses Thema bereits jetzt eine wichtige Rolle in Fortbildungen spielt. Schulen können individuell Freiräume zur Unterrichtsgestaltung nutzen und z.B. jahrgangsübergreifender Projektunterricht, Lerngruppen. Auch hier können Lehrer\_innen intensiver zum Erkennen und Nutzen der Möglichkeiten beraten werden. Zurzeit wird im Landtag über ein neues Lehrerbildungsgesetz diskutiert, durch das zum einen der Praxisanteil, zum anderen die methodischen und didaktischen Kompetenzen sowie pädagogischen und diagnostischen Fähigkeiten einen höheren Stellenwert in der Lehrerausbildung erhalten sollen.

**3. Integration von Personen mit körperlichen Einschränkungen in Schulen**

- **Integration:** mehr Schüler\_innen mit Körperbehinderungen in Regelschulen aufnehmen
- **Miteinander:** Umgang zwischen gesunden und körperlich beeinträchtigten Schüler\_innen fördern
- **Behindertengerecht:** behindertengerechter Umbau der Schulen

**CDU-Landtagsfraktion:****→ gesellschaftliche Inklusion ist wichtiges Ziel**

Die Einbeziehung aller durch alle ist wichtig. „Von der Integration hin zur Inklusion.“

**→ behindertengerechter Umbau der Schulen braucht Zeit**

„Baurechtlich ist die Umsetzung der Konvention [Anm.: gemeint ist die UN-Behindertenrechtskonvention] sicher Step-by-Step und nicht sofort realisierbar.“

**SPD-Landtagsfraktion:****→ Schulen müssen umfassend für die Integration körperl. Beeinträchtigter ausgestattet sein**

Damit auch Kinder mit körperlichen Einschränkungen Regelschulen besuchen können, müssen Räume, Materialien und das pädagogische Team an Schulen entsprechend ausgestattet sein (siehe §35 des Schulgesetzes). Nach und nach sollen diese Voraussetzungen unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Universität Rostock und unterstützt durch inhaltliche Diskussionen aller Beteiligten an den Schulen in M-V geschaffen werden.

→ **Schulgebäude müssen vom Schulträger barrierefrei (um-)gebaut werden**

Das barrierefreie Bauen und Umgestalten von Schulgebäuden und -geländen ist dabei unerlässlich und wird von der SPD gefordert, ist aber Aufgabe der jeweiligen Schulträger (bei öffentlichen Schulen ist das Gemeinde, der Landkreis oder die kreisfreie Stadt).

#### 4. Notebooks statt Schulmappe

- **Notebooks:** ein Notebook pro Schüler\_in ab Sekundarstufe II für die Arbeit in der Schule
- **Qualifizierungen:** Weiterbildungen für den Umgang mit Notebooks für Lehrer\_innen
- **Vorbildwirkung:** M-V als möglicher Vorreiter

#### CDU-Landtagsfraktion:

→ **Schulen ist es freigestellt selbstständig diese Projektidee umzusetzen**

Diese Idee wird laut CDU-Einschätzung nicht von einer Mehrheit im Landtag getragen und wird auch nicht in den Finanzplanungen des Landes berücksichtigt. Das Konzept Selbstständige Schule ermöglicht es aber den Schulen, selbst Sponsoren für solch ein Programm zu finden.

#### SPD-Landtagsfraktion:

→ **Internetzugang für alle Schulen ist ein dringenderes Problem; die SPD prüft die Möglichkeit für ein Pilotprojekt in M-V**

Es gibt keinen Computermangel an Schulen in M-V und auch Lehrer\_innenfortbildung fanden dazu ausreichend statt. Handlungsbedarf gibt es aber beim Ausbau des Internetzugangs. Die Schwierigkeit bei der Idee der „Notebooks statt Schulmappe“-Idee liegt in erster Linie in der Finanzierbarkeit, insbesondere wenn man die schnell voranschreitende Entwicklung der Computertechnik bedenkt. Insgesamt können so vermutlich kaum Materialkosten eingespart werden – und nicht alle Materialien sollte durch Computer ersetzt werden. „Unabhängig davon werden wir gemeinsam mit dem Bildungsministerium die Möglichkeiten für ein Notebookpilotprojekt, z.B. in der Sekundarstufe II, erörtern und prüfen.“



## 5. Regionale Exzellenzinitiative der Hochschulen

- **Zielgerichtete Förderung:** finanzielle Förderung der strukturell besten Fakultäten in den Neuen Bundesländern

### CDU-Landtagsfraktion:

→ die gute Arbeit der Hochschulen braucht eine bessere öffentliche Wahrnehmung  
Hochschulen aus den Neuen Ländern landen durchaus auf vorderen Plätzen in Hochschulrankings. „Wir haben exzellente Forschung im Land.“ Die Hochschulen sollen jedoch dabei unterstützt werden, ihre Ergebnisse stärker bekannt zu machen. Im Fokus steht das Ziel, durch eine gute Lehre Studenten ins Land zu holen und im Land zu halten.

### SPD-Landtagsfraktion:

#### → landeseigene Exzellenzinitiative fördert leistungsfähige Bereiche der Hochschulen

Die SPD-Fraktion teilt die Meinung, dass Hochschulen in den Neuen Ländern gestärkt werden müssen, womit durch eine landeseigene Exzellenzinitiative in den Jahren 2006 – 2010 mit 8,3 Mio. bereits begonnen wurde und die die SPD auch weiterhin unterstützen will. Die Initiative, für die 2011 – 2015 15 Mio. zur Verfügung stehen, soll leistungsfähige Bereiche der Hochschulen so fördern, dass sie bei der bundesweiten Exzellenzinitiative mithalten können. Hierfür wurden mit den Hochschulen jeweilige Forschungsschwerpunkte vereinbart. Dabei ist für die SPD die Forschung im Bereich „Erneuerbare Energien“ besonders wichtig.

## Workshop Arbeit / Ausbildung

### 1. Ausbildung der Ausbilder\_innen verbessern

- **Fortbildungspflicht:** Pflicht zur kontinuierlichen Fortbildung der Ausbilder\_innen
- **Austauschförderung:** Förderung des Austausches zwischen Ausbilder\_innen
- **Kontrollen:** häufigere Kontrollen der Ausbilder\_innen
- **Methodische Innovationen:** neuen Ausbildungsmethoden und Mitspracherecht der Auszubildenden bei der Auswahl

#### CDU-Landtagsfraktion:

##### → kontinuierliche Prüfung der Ausbilder\_innen fehlt

Die hohen Anforderungen der Prüfungen betrieblicher Ausbilder\_innen sichern die Qualität ihrer Grundqualifikation. Es fehlt jedoch eine fortlaufende Kontrolle und Fortbildung der Ausbilder\_innen, wie es bei Lehrer\_innen (z.B. in Berufsschulen) bereits festgeschrieben ist.

#### SPD-Landtagsfraktion:

##### → eine bessere Ausbildungsbetreuung ist wichtig

Der Ausbildungsreport 2010 vom DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) zeigt, dass 14,3% der Auszubildenden eine mangelnde Betreuung in ihrer Ausbildung kritisieren und jeder fünfte die Ausbildung wegen schlechter Betreuung abbricht. Die SPD teilt die Ansicht, dass die Politik hier handeln muss und dabei eine Schlüsselrolle den Ausbilderinnen und Ausbildern zukommt.

### 2. „LÜGA“ (LandesÜbernahmeGARantie für Absolvent\_innen der Berufsausbildung)

- **Abgabenregelung:** Übernahmepflicht oder Pflicht zu finanziellen Abgaben für Firmen, die ihre Auszubildende nicht übernehmen wollen, es aber könnten

#### CDU-Landtagsfraktion:

##### → eine Übernahmegarantie ist unnötig und schränkt Betriebe in ihrer Autonomie ein

Diese Forderung wird durch die CDU nicht unterstützt, da die Übernahmequote bereits ohnehin steigt und aufgrund des Nachwuchsmangels auch weiterhin steigen wird. Zudem müssen Ausbildungsbetriebe eine Wahlfreiheit bei der Übernahme ihrer Auszubildenden behalten können, da dabei auch soziale Faktoren und persönliche Verhaltensweisen „passen“ müssen. Eine Übernahmepflicht sieht die CDU als Gefahr für eine stärkere Zurückhaltung von Betrieben bei der Annahme von Auszubildenden.



**SPD-Landtagsfraktion:**

**→ Übernahmeregelungen liegen in der Entscheidung der Arbeitgeber**

Da es einen Fachkräftemangel in M-V gibt, unterstützt auch die SPD Übernahmen nach der Ausbildung. Einen Anspruch auf Übernahme gibt es laut Tarifvertragsgesetz aber nur, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Tarifpartnerverbänden (also zur Gewerkschaft bzw. Arbeitgeberverband) gehören. Ansonsten liegt die Entscheidung zur Übernahme bei den Tarifpartnern. Da es aber schon jetzt einen Ausbildungsplatzüberschuss gibt, muss sich dafür eingesetzt werden, dass alle Suchenden auch einen Ausbildungsplatz finden.

**3. Mindestausbildungsvergütung**

- **Mindestausbildungsvergütung für alle Auszubildende: 500 €**

**CDU-Landtagsfraktion:**

**→ richtiger Ansatz, der aber nur von den Tarifpartnern umgesetzt werden kann**

Grundsätzlich findet die CDU-Fraktion die Forderung richtig, damit junge Menschen auch in M-V Ausbildungen suchen und beginnen, verweist aber darauf, dass eine Mindestausbildungsvergütung von den Tarifpartnern (z.B. durch einen verbindlichen Flächentarifvertrag) geregelt werden muss.

**SPD-Landtagsfraktion:**

**→ Mindestausbildungsvergütung ist eine wichtige Forderung für das Land**

Die SPD-Fraktion ist für eine Mindestausbildungsvergütung – auch weil die Wirtschaft attraktiver werden muss für die sinkende Zahl an Auszubildenden. Es ist problematisch, dass die Bezahlungen bei Ausbildungen je nach Branche und Region so stark variieren und zum Teil nicht für die Grundsicherung reicht.

**4. Chancengleichheit der Geschlechter**

- **Vergütung:** gerechte Vergütung von Männer- und Frauenbranchen, gleiche Vergütung von Männern und Frauen in gleichen Jobs
- **Arbeitsbedingungen:** gleiche Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen

**CDU-Landtagsfraktion:**

**→ Gerechten Lohn für Männer und Frauen durch die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern**



Die Forderung nach gleichem Lohn für Männer und Frauen unterstützt die CDU, wenn dabei die Tätigkeiten und Arbeitszeiten jeweils vergleichbar sind. Für eine Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt müssen auch die Ausgangssituationen angeglichen werden. Die Landesregierung reagiert hier mit verschiedenen Programmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

#### **SPD-Landtagsfraktion:**

##### **→ Die Gleichstellung von Männern und Frauen muss von allen Politikbereichen gefördert werden**

Die SPD stellt hinter diese Forderungen und hat sich dafür z.B. beim „Equal Pay Day“ mit landesweiten Aktionen, durch die Förderung dieses Ziels in verschiedenen Programmen (z.B. „Arbeit durch Bildung und Innovation“) als auch durch verschiedene konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft stark gemacht. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist für alle Politikbereiche verbindliches Ziel und muss weiter verfolgt werden. Dafür muss auch die Teilung des Arbeitsmarkts in Männer- und Frauenberufe und die damit einhergehende unterschiedliche Entlohnung aufgehoben werden (Maßnahmen: Girl's Day, JungsTag MV). Die SPD-Fraktion fordert, dass Öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, die Frauen und Männer gleichwertig bezahlen. Auf Bundesebene muss das Allgemeine Gleichstellungsgesetz um ein Verbot der Entgeltdiskriminierung ergänzt werden.

#### **5. Angleichung Ost-West herstellen**

- **Lohnangleichung:** ungerechtfertigten Lohnungleichheiten zwischen Alten und Neuen Bundesländern entgegenwirken

#### **CDU-Landtagsfraktion:**

##### **→ die Angleichung der Lebensverhältnisse ist verankertes, aber nie ganz zu erreichendes Ziel**

Die CDU-Fraktion unterstützt das verfassungsrechtlich verankerte Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse, wozu auch die Arbeitsbedingungen gehören. Lohngefälle wird es in Deutschland immer aber geben und bestehen nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Nord und Süd. Auf der anderen Seite existieren unterschiedliche Lebenshaltungskosten, z.B. durch durchschnittlich geringere Mieten in den Neuen Ländern. Die Aushandlung von Löhnen ist jedoch Aufgabe der Tarifpartner (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) und sollte nicht von der Politik beeinflusst werden.



**SPD-Landtagsfraktion:**

**→ Ost-West-Lohnangleichung ist gerecht und notwendig für die Wirtschaft in M-V**

Eine Ost-West-Lohnangleichung ist nach Ansicht der SPD-Fraktion gerecht, da sich auch die Arbeitsproduktivität in den Neuen Ländern gesteigert hat. „Für die Vollendung der sozialen Einheit muss die Angleichung der ostdeutschen Löhne an das Westniveau überwunden werden.“ Die Forderung der SPD nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro würde auch das Ost-West-Lohngefälle abmildern. Zudem müssen neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende stabilisiert werden, um den wirtschaftlichen Aufholprozess weiter voranzutreiben. M-V ist dabei nur mit einer Lohnangleichung wettbewerbsfähig und in der Lage Fachkräfte zu gewinnen.

## Workshop Freizeit

### 1. Förderung der Jugendarbeit

- **An Schule:** Unterstützung von Vereinsarbeit an Schulen statt der Umsetzung des Modells Ganztagschule (momentane Umsetzung)
- **Förderung:** Vereinsarbeit vor Ort (finanziell) stärken

#### CDU-Landtagsfraktion:

##### → Jugendarbeitsförderung ist Sache der Kommunen

Die Förderung der Jugendarbeit ist Aufgabe der Kommunen. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung darf nicht gebrochen werden.

##### → Schulen brauchen mehr Gestaltungskompetenzen um einfacher Kooperationen eingehen zu können

Nach Einschätzung der CDU hat sich die Selbstständige Schule etabliert, braucht aber weitere Gestaltungsmöglichkeiten u.a. durch eine eigene Budget- und Personalhoheit. Schulen können dann noch freier entscheiden, ob sie Ganztagschulen sein wollen und wie sie diese Schulform gestalten wollen. Die CDU unterstützt dabei die Zusammenarbeit von Schule mit Sportvereinen, regionalen Vereinen und Verbänden.

#### SPD-Landtagsfraktion:

##### → Jugendförderung muss trotz sinkender Einwohnerzahlen finanziell gesichert sein

M-V unterstützt die vielfältige, starke und attraktive Landschaft an Jugendorganisationen und –initiativen im Land finanziell. „Das Ziel einer nachhaltigen und auskömmlichen Förderung der Jugendarbeit vor Augen, werden wir das Kinder- und Jugendförderungsgesetz des Landes anpassen. Vor dem Hintergrund einer geringeren Zahl von Kindern und Jugendlichen wollen wir dennoch eine ausreichende finanzielle und personelle Absicherung der Jugendarbeit im Land, insbesondere in den ländlichen Regionen absichern.“

##### → auch Schülervertretungen können sich für ein vielfältiges Ganztagsangebot einsetzen, das durch Kooperationen mit Einrichtungen möglich ist

Die SPD setzt sich für die gebundene Ganztagschule ein, die Familien entlastet, Angebote der Freizeitgestaltung erhöht und Chancengerechtigkeit schafft. Eine vielfältige Ganztagschule ist jedoch nur in Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Vereinen der Jugendhilfe, aus Sport und Kultur möglich. Eine verbindliche und nachhaltige Zusammenarbeit wird deshalb von der SPD unterstützt, liegt aber in der Verantwortung der Schulleitung. Das neue Schulgesetz eröffnet aber auch Schülervertretungen weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten beim Konzept Ganztagschule.



## 2. Ehrenamt braucht Hauptamt

- **Hauptamtsförderung:** Förderung realistischer (vor allem finanzieller) Rahmenbedingungen für Hauptamtliche in Vereinen
- **Ehrenamtsförderung**

### CDU-Landtagsfraktion:

→ **Ehrenamtliches Engagement wird durch verschiedene Maßnahmen im Land gefördert**

Um ehrenamtliches Engagement zu unterstützen hat das Land zusätzliche Haftpflicht- und Unfallversicherungen für Ehrenamtliche abgeschlossen. Weitere

Unterstützungsleistungen für die Förderung des Ehrenamtes sind:

- Viele Kommunen können Koordinatoren für ehrenamtliche Stellen einsetzen
- Ehrenamtliche können Aufwands- und Sachkostenentschädigungen beantragen
- Weiterbildungen für Ehrenamtliche durch Träger der Jugendhilfe
- Bis zu 5 Tage bezahlte Freistellung für ehrenamtliche Arbeit (bezahlt durch das Land)

Als weitere Förderung befürwortet die CDU, dass bei Jobausschreibungen im Öffentlichen Dienst Personen bevorzugt werden, die sich ehrenamtlich engagieren. Wie Vereine Gelder einsetzen, die sie vom Land erhalten, ist ihnen überlassen.

### SPD-Landtagsfraktion:

→ **Ehrenamts-Pass soll die Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements erhöhen** (vgl. auch Antworten im vorhergehenden Punkt)

Eine weitere Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit will die SPD in der nächsten Legislaturperiode mit dem „Ehrenamtspass M-V“ fördern. Dieser enthält (u.a. für Bewerbungen relevante) Informationen über die ehrenamtliche Tätigkeit, erlernte Kompetenzen, Fortbildungen und kann von Einrichtungen an ihren Ehrenämter übergeben werden.

## 3. Mobilität!

- **Bessere Nahverkehrsverbindungen:** insbesondere an Wochenenden und abends mehr und besser auf den Bedarf abgestimmte Abfahrtsakte und –zeiten im Nahverkehr
- **Kostengünstigerer Transport von Schüler\_innen:** Förderung von Schüler\_innendauerkarten für Bus und Bahn
- **Rufbusse:** Förderung des Rufbus-Modells im ländlichen Raum

**CDU-Landtagsfraktion:****→ Nahverkehrsverbindungen müssen für den ÖPNV finanziell tragbar sein**

Der ÖPNV (Öffentliche Personennahverkehr) kann nur im Rahmen der dafür vom Land bereitgestellten sowie der eingenommenen Gelder planen und gestaltet werden.

„Inwieweit der Öffentliche Personennahverkehr aufgrund der demografischen Entwicklung so ausgestaltet werden kann, dass auch an Wochenenden und abends gute Nahverkehrsverbindungen bestehen, bleibt fraglich“, ist aber letztlich eine Entscheidung des ÖPNV.

**→ das Land unterstützt Schüler\_innen- und Auszubildendentransport finanziell**

Einnahmeverluste, die den Unternehmen z.B. durch Vergünstigungen für Auszubildende oder durch zurückgehende Schülerbeförderungszahlen entstehen, gleicht das Land finanziell aus.

**SPD-Landtagsfraktion:****→ der ÖPNV bietet bereits regional viele bedarfsgerechte Verbindungen an**

Alternative Formen des ÖPNV sollen die gängigen Streckennetze ergänzen – nicht ersetzen – und gewinnen insbesondere auf dem Land und für ältere Personen zunehmend an Bedeutung. Neben dem Rufbus (Tür-zur-Tür-Bedienung ohne Bindung an Fahrplan, Fahrtweg, Fahrzeit – in M-V bereits vorhanden in den Räumen Uecker-Randow, Anklam, Greifswald, Müritz, Nordvorpommern, Westmecklenburg, Grevesmühlen und im Randbereich von Rostock) gibt es in M-V auch die ÖPNV-Formen

- Linientaxi: gebunden an Fahrplanzeiten und Linienwege anstelle von Bussen oder Straßenbahnen in verkehrsschwachen Zeiten, wo es aber dennoch eine stetige Nahverkehrsnachfrage besteht

Wo: in den Räumen Anklam, Greifswald, Müritz, Nordvorpommern, Westmecklenburg und im Randbereich von Rostock

- Anrufsammeltaxi: in Zeiten geringer Nahverkehrsnachfrage, wenn es ein leistungsfähiges lokales Taxi- oder Mietwagenunternehmen gibt, das über eine Zentrale die Fahrzeuge entsprechend den Fahrtwünschen einsetzen kann

Wo: Stralsund, Westmecklenburg

Diese geeigneten Alternativen sind ausbaufähig. Die Entscheidung dazu liegt aber bei den Aufgabenträgern.

**→ für die Förderung von Schülerfahrkarten sind die Kommunen zuständig**

„Die staatliche Förderung von Schülerfahrkarten liegt im Ermessen der Landkreise und kreisfreien Städte im Zusammenwirken mit den Verkehrsbetrieben.“





#### 4. Mitbestimmung beim Konzept Ganztagschule

- **Beteiligung:** Ideen und Meinungen der Jugend stärker einbinden
- Aufbau und Förderung von Zukunfts- und Bildungswerkstätten

##### CDU-Landtagsfraktion:

→ die weitreichenden Beteiligungsmöglichkeiten müssen genutzt werden

Im neuen, aktuellen Schulgesetz wurden die Mitbestimmungsrechte von Schüler\_innen und Eltern weiter gestärkt. Die CDU appelliert daher an die Jugendlichen, diese Rechte zu nutzen.

##### SPD-Landtagsfraktion:

→ das Schulgesetz ermöglicht verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten

Im neuen Schulgesetz sind weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülervertretungen bei Konzepten zur Ganztagschule festgeschrieben (z.B. in der Schulkonferenz und bei Entscheidungen zum Schulprogramm).

#### 5. Gestaltbare Räume mit Verantwortung schaffen

- **Räumliche Treffpunktmöglichkeiten:** mit Möglichkeiten zur „Selbstorganisation“ & „Kontrolle“
- **Qualität:** kompetent geführter Jugendclub

##### CDU-Landtagsfraktion:

→ verantwortliche Ansprechpartner für lokale Angebote sind Jugendämter, Vereine und Verbände

Die Kinder- und Jugendhilfe im Land soll junge Menschen fördern, gute Lebensbedingungen für sie gewährleisten und Benachteiligungen abbauen. Verantwortlich sind dafür die Jugendämter (örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe) sowie Vereine und Verbände (freie Träger der Jugendhilfe). „Die Vielfalt der Träger ermöglicht es, dass verschiedene Wertorientierungen, Methoden und Arbeitsformen in die praktizierte Jugendhilfe einfließen.“ Anregungen und Wünsche sollte direkt mit den lokalen Ansprechpartnern besprochen und nicht erst über die Politik vermittelt werden.

##### SPD-Landtagsfraktion:

→ Treffpunkte mit Selbstverwaltungsmöglichkeiten sind wichtig für Jugendliche

Auch für Treffpunktmöglichkeiten junger Menschen mit Optionen zur Selbstverwaltung und –kontrolle wird sich die SPD einsetzen; die Zuständigkeit hierfür liegt aber bei den Kommunen.

## 6. Nutzung öffentlicher Plätze auch durch Jugendliche

- **Nutzung ermöglichen:** Öffentliche Plätze für Jugendliche nutzbar machen

### CDU-Landtagsfraktion:

→ **Wünsche und Ideen müssen bei lokalen Ansprechpartnern angesprochen werden**

„Bisherige Erfahrungen und Expertengespräche zeigen, dass Freiflächen weitaus attraktiver für Kinder und Jugendliche sind als Sportplätze, da diese selbst gestaltet und modifiziert werden können.“ Bei bereits vorhandenen Sportplätzen gibt es hingegen oft unterschiedliche Nutzungswünsche von Kommune und Jugendlichen. Die CDU schlägt daher vor, sich mit Nutzungsideen und -bedarfen an die lokalen Träger der Jugendhilfe zu wenden.

### SPD-Landtagsfraktion:

→ **finanzielle Unterstützung kommt vom Land, die Umsetzungszuständigkeiten liegen bei den Kommunen bzw. freien Trägern**

Sportpolitik und Sportförderung, wozu auch die Schaffung, Instandsetzung und Sanierung von Sportstätten gehört, wird in M-V finanziert durch:

- den Landeshaushalt
- Zuschüsse für Projekte im Kinder- und Jugendsport
- Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)
- Investitionszuschuss an den Landessportbund

„Auch bei der Nutzung öffentlicher Plätze und von Freizeitstätten liegt die Zuständigkeit bei den Kommunen bzw. teilweise bei den freien Trägern.“

## 7. Zusätzliche Freizeitstätten schaffen

- **Musikschulen:** mehr Musikschulen/-projekte außerhalb der Schule
- **Sportplätze:** auch in kleineren Städten bauen

### CDU-Landtagsfraktion:

→ **Musikschulennetz wird in MV gefördert, für Sportplätze und die dortigen Angebote sind die Kommunen verantwortlich**

Auf Initiative der CDU starteten in der aktuellen Legislaturperiode die Landeswettbewerbe „Familienfreundliches Unternehmen“ und „Familienfreundliche Kommune“, die M-V familien- und kinderfreundlicher machen sollen. Zudem fördert das Land ein gut ausgebautes Netz an Musikschulen in M-V. Diese werden, wie auch die meisten Sportplätze, von Landkreisen und Gemeinden betrieben, die insofern auch für die jeweiligen Angebote zuständig sind.



**SPD-Landtagsfraktion (vgl. Antworten im vorherigen Punkt!):**

**→ stärkere kulturelle Kinder- und Jugendbildung durch Kooperationen von Einrichtungen mit Schulen und Kitas fördern**

Die SPD fordert eine stärkere kulturelle Kinder- und Jugendbildung und will deshalb, dass bestehende Kooperationen zwischen dem Musikschulverband, Verbänden, Initiativen und Projekten mit Kita und Schule muss ausgebaut werden, ebenso wie Kooperationen mit Kitas. Das Bildungspaket der Bundesregierung bietet Kommunen Möglichkeiten allen jungen Menschen Zugang zu außerschulischen Angeboten zu bieten.

**8. Teilhabe Aller (arme Eltern .....)**

- **Finanzierung:** mehr Freizeitförderung für „Hartz IV – Kinder“
- **Vielfalt:** für jede\_n Schüler\_in Möglichkeiten Interessen zu fördern (aus allen „Schichten“, Musik, Sport usw.)
- **Ländlicher Raum:** Angebote nicht nur in den Zentren

**CDU-Landtagsfraktion:**

**→ das Bildungs- und Teilhabegesetz des Bundes fördert die Teilhabe von Kindern an kulturellen Angeboten**

Das Anfang des Jahres beschlossene Bildungs- und Teilhabepaket des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fördert die Teilhabe aller Kinder an kulturellen Angeboten.

**SPD-Landtagsfraktion:**

**→ das Bildungs- und Teilhabegesetz des Bundes fördert die kulturelle Teilhabe von Kindern auch in M-V, Gelder für die Teilhabe sozial benachteiligter Kinder dürfen nicht gekürzt werden**

Durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes stehen aus M-V mehr Gelder für mehr Bildung und Teilhabe von Kindern zur Verfügung. Verantwortlich für die Verteilung der Gelder sind die Landkreise und kreisfreien Städte, die als Träger der Jugend- und Sozialhilfe besonders bedarfsgerecht agieren können. Zudem wird durch das Kindertagesförderungsgesetz die Verpflegung von Kindern aus sozialschwachen Familien gefördert. Hier darf nach Ansicht der SPD nicht gekürzt werden.